FileNr:86|id:HB111003390|date:2010-11-03|source:HB|title:Wenn Schulden Regierungen stürzen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Waehler lieben eiserne Haushaltsdisziplin mehr als Steuergeschenke. Diese schmerzvolle Erfahrung machten schon viele Parteien in vielen Laendern. Ulf Sommer, Axel Schrinner Duesseldorf

Bei einem Blick auf seinen engsten europaeischen Verbuendeten muss Barack Obama Angst und Bange werden. Die Briten fegten bei der Wahl am 6. Mai Amtsinhaber Gordon Brown aus dem Amt - die Konservativen gewannen fast ein Drittel der Sitze hinzu. Nicht obwohl, sondern weil die neue Regierung um Premierminister David Cameron das Land zum Sparen verdammte. Mit dem schaerfsten Sparpaket in der Geschichte will Schatzkanzler George Osborne das Rekorddefizit von elf Prozent auf Null herunterfahren.

Die Geschichte ist voll von Beispielen, in denen das Volk seine Regierungen davon jagte, weil diese die Schuldenspirale allzu schnell drehten. Nach Auswertung von Wahlen in Westeuropa und den USA in den vergangenen 40 Jahren schaelt sich eine Tendenz heraus: Konservative Regierungen profitieren haeufig davon, wenn sich das Wahlvolk ueber die Staatsverschuldung sorgt.

Hingegen siegen Sozialdemokraten bzw. Demokraten in den USA eher, wenn der Waehler nach Experimenten giert, wenn die Haushalte einigermassen im Lot sind oder wenn im Land gar der Eindruck entsteht, es gebe Geschenke zu verteilen. Beispiele sind der Wahlsieg Gerhard Schroeders 1998 und die amerikanischen Kongresswahlen mit Siegen der Demokraten 1974, 1978 - und vor allem 2008. Vor der letzten Wahl zum Repraesentantenhaus war Amerikas Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent gefallen - aktuell sind es ueber zehn Prozent der Wirtschaftsleistung. "

Generell haben Regierungen derzeit das Problem, dass ihnen der Waehler eine schlechte Wirtschaftslage anlastet", meint der Chef der Forschungsgruppe Wahlen, Matthias Jung. Darunter leide jetzt etwa Obama, weil er die hohen Erwartungen der Bevoelkerung als Krisenbewaeltiger bislang nicht erfuellen konnte. Andererseits verloeren oekonomische Fragen fuer den Waehler dann an Relevanz, sobald eine Rezession bewaeltigt zu sein scheint und die Wirtschaft wieder floriert. Genau dies muesse derzeit die Regierung Merkel erfahren.

CDU und FDP profitieren von den "Schuldenmachern" Als "Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge" bezeichnete Otto Graf Lambsdorff im April 1982 die Beschluesse des SPD-Parteitages. Damit leitete der damalige Bundeswirtschaftsminister und Kabinettskollege von Helmut Schmidt das Ende der eigenen sozial-liberalen Regierungskoalition ein. Zu gross wog bei vielen Freidemokraten die Sorge, abgewaehlt zu werden, nachdem die CDU unter ihrem damaligen Hoffnungstraeger Helmut Kohl in den Landtagswahlen einen Sieg nach dem anderen einfuhr. Das Motto der CDU lautete damals: Stoppt die Schuldenmacher und den Marsch in den Schuldenstaat!

Geschickt geisselte Lambsdorff die immer hoehere Nettokreditaufnahme seiner Koalition, wofuer er in einer neuen Regierungskonstellation gewaehlt wurde - mit dem Waehlerauftrag, die Verschuldung herunterzufahren. Diese war Anfang der 80er Jahre fuer damalige Verhaeltnisse dramatisch in die Hoehe geschnellt. Die Staatsschulden summierten sich auf ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Der durch Wahlen herbeigefuehrte Regierungswechsel resultierte aus der puren Angst vor der Schuldenspirale.

Allen vorgemacht, wie man Wahlen mit Schulden seiner Vorgaenger gewinnt, hatte es Margaret Thatcher. Ihr Ziel war es 1979, die oeffentlichen Ausgaben in Grossbritannien drastisch zu senken, indem sie kurzerhand oeffentliche Leistungen kuerzte und Schluesselindustrien wie Schiff- und Bergbau verstaatlichte. Die Waehler dankten Thatcher die Radikalkur trotz anfangs rasant steigender Arbeitslosigkeit, indem sie die "Eiserne Lady" noch zweimal wiederwaehlten.

Allerdings: gute Haushaltsdaten goutiert der Waehler keineswegs immer. Denn haeufig erkauft sich die Regierung die guten Zahlen durch Steuererhoehungen und Einschnitte in lieb gewonnene staatliche Leistungen. Als in Deutschland die Grosse Koalition im Herbst 2005 die Macht von Rot-Gruen uebernahm, war Berlin gerade dabei, das vierte Mal in Folge die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages zu verletzen. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung war es, die Mehrwert- und die Versicherungssteuer um drei Prozentpunkte anzuheben - und auf diese Weise die Staatseinnahmen um 24 Mrd. Euro zu erhoehen. Beguenstigt von einem rasanten Aufschwung gelang es Bundesfinanzminister Peer Steinbrueck (SPD) so, 2007 und 2008 zwei Jahre in Folge Ueberschuesse in den oeffentlichen Haushalten zu machen. Das hatte es seit den 60er Jahren in Deutschland nicht mehr gegeben. Dennoch wurden Steinbrueck und die SPD im Herbst 2009 von der Macht verdraengt. "Mit statistischen Haushaltskennziffern allein lassen sich keine Wahlen gewinnen", sagt dazu der Chef des Meinungsforschungsinstitut TNS-Emnid, Klaus-Peter Schoeppner. Fuer drei Viertel der Deutschen sei bei der Wahlentscheidung nur das relevant, was sie persoenlich betreffe. Fuer viele habe der Staat vorrangig die Rolle, die Buerger in der Not zu alimentieren. Doch genau das gelingt Obama derzeit offenbar nicht. Mit Steuergeldern reformierte der US-Praesident das Gesundheitssystem. Doch viele Waehler nehmen ihm die hohe Staatsverschuldung uebel, ohne die Wohltaten zu honorieren....